

Anrede

Der hier eingebrachte Antrag der Fraktion Bündnis 90 / die Grünen befasst sich mit der Thematik der Co2 Minimierung und der damit verbundenen Investitionen im Bereich der Gebäudesanierungen.

Die Maßnahmen zur Gebäudesanierung und damit zur Stärkung der Energieeffizienz im Gebäudebereich sind zum einen geeignet, CO2 Ausstoß zu verringern und gleichzeitig durch Investitionsanreize vermehrte Aufträge im Bauhandwerk und im Ausbauhandwerk auszulösen und damit dortige Arbeitsplätze zu sichern und zu erhalten.

Diesem Doppeleffekt des Klimaschutzes auf der einen Seite und der Beschäftigungswirkung auf der anderen Seite kommt noch ein dritter, sozialer Aspekt hinzu: nämlich der Effekt sinkender Nebenkosten im Mietwohnungsbereich und damit auch die Senkung der sog. Zweitmiete.

Diese Potenzierung von positiven Effekten hat die Bundesregierung auch gesehen und durch Auflegen der CO2-Gebäudesanierungsprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau seit 2000 entsprechende Voraussetzungen geschaffen.

Grundlage des hier vorliegenden Antrages in seiner ersten Beratung, ist sicherlich die Selbstbindung der Bundesrepublik Deutschland zur Reduktion der schädlichen Treibhausgase bezogen auf den Stand 1990 um 25 % bis zum Jahr 2005. Dieses Ziel, meine Damen und Herren, scheint aber leider noch in weiter Ferne zu sein.

Die Anstrengungen, Energie einzusparen, und emissionsärmere Energieträger zu nutzen, müssen also deutlich verstärkt werden.

Hierbei ist auch der private Immobilienbesitzer gefordert. Diese soeben aufgeführten Argumente sprechen aus umweltpolitischer Sicht für den Antrag.

Es gibt jedoch auch wichtige wirtschaftspolitische Gründe für ein Klimaschutz - Aktionsprogramm.

Bereits im ganzheitlichen Mittelstandskonzept der ehemaligen SPD - geführten Landesregierung, das unter anderem mit der Vereinigung der Handwerkskammern Niedersachsen, den Unternehmensverbänden Handwerk Niedersachsen und der Ingenieurkammer Niedersachsen vereinbart wurde, haben sich die Beteiligten auf die Auflage eines gemeinsamen CO₂ Klimaschutz - Aktionsprogramms geeinigt.

Folgende **vier** Bausteine und damit auch Forderungen der Vereinigung der Handwerkskammern Niedersachsen wurden berücksichtigt:

1. Beratungs- und Aufklärungsbaustein für

Immobilienbesitzer – wie im Antrag formuliert -

2. Die Herausgabe eines Energiepasses

Zum Energiepass:

Ein bundeseinheitlicher Energiepass - auch für Altbauten - kommt so oder so, nicht zuletzt weil es eine entsprechende EU Richtlinie gibt, die noch in nationales Recht umgesetzt werden muss.

Die Vorteile eines bundeseinheitlichen Energiepasses – liegen klar auf der Hand: Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: Wer heute ein Auto kauft, wird vom Händler klar auf den Spritverbrauch hingewiesen, Kauft man sich einen Kühlschrank, so werben die Hersteller mit der Effizienzklasse A oder B, wer eine Waschmaschine kauft, der fragt genau nach dem Wasser- und Stromverbrauch der Geräte. Nur wer ein Haus kauft und den Makler oder Voreigentümer nach dem Wärme- und Energieverbrauch des Gebäudes fragt, erhält – bei Altbauten – immer noch die Antwort „kommt drauf an... An diesem Zustand muss sich auf Dauer etwas verändern, wenn der Energieverbrauch in deutschen Gebäuden nachhaltig gesenkt werden soll.

Auch hier müssen, wie schon bei den beschriebenen Beispielen, Verbrauchskennwerte zum Thema werden und im Bewusstsein von Eigentümern, Mietern und , Planern, Bauträgern, Handwerkern usw. verankert werden.

3. Eine Betriebliche Beratungsoffensive

Hier ist es notwendig, insbesondere kleinen und mittelständischen Betrieben – ich nenne nur das Stichwort Ökofonds – einen besseren Zugang zu ermöglichen, energiewirtschaftliche Entscheidungen für den Betrieb treffen zu können und damit auch – wie im Antrag geschildert – zu einer eigenen Emissionsminderung zu kommen.

4. Die Auflage eines Landesförderprogrammes

„Wärmetechnische Gebäudesanierung für Hauseigentümer“

Hier erinnere ich an das bereits von der alten Landesregierung aufgelegte Programm zur energetischen Modernisierung im Mietwohnungsbau.

Alle diese Punkte sind nun mehr oder weniger Gegenstand Ihres Antrags, Frau Harms. Ich freue mich, dass damit ein Punkt des ganzheitlichen Mittelstandskonzeptes der alten Landesregierung weitergeführt werden kann.

Mit einem zusätzlichen Landes CO2 Klimaschutz-Aktionsprogramm erhält die Bauwirtschaft neue Chancen. Die staatlich geförderte Energieberatung dokumentiert den Energiebedarf und liefert gleichzeitig Vorschläge für eine Sanierung unter energetischen Gesichtspunkten mit.

Handwerk und Bauindustrie profitieren von der steigenden Nachfrage der Hausbesitzer, die Bauherren und Mieter von niedrigen Energiekosten und die Umwelt von sinkenden Schadstoffemissionen.

Die SPD Fraktion ist gespannt darauf, wie sich insbesondere die FDP-Ministerriege mit dem Umweltminister Sander und dem Wirtschaftsminister Hirche dem Handwerk gegenüber verhält.

Wir werden die weiteren Antragsberatungen positiv begleiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.